

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der -
ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

8. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten

Dem Landtag von Sachsen-Anhalt und der Landesregierung am 31.03.2002
vorgelegt gemäß Artikel 1 § 6 Abs. 1 AG StUG LSA

INHALT

I. Einleitung	3
II. Ausstattung der Behörde	5
1. Personalausstattung	5
2. Finanzielle Ausstattung der Behörde	5
3. Sächliche Ausstattung der Behörde	6
III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter	7
1. Bürgerberatung	7
1.1. Beratung von Betroffenen	7
1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt	8
1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung	8
1.1.2.1. Das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften	8
1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsge- setzen (Stichtag: 31.12.2001)	10
1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt	14
1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich	16
1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt	17
1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	17
1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation	18
1.1.2.8. Akteneinsicht in der Tschechischen Republik und in Polen	19
1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte	20
1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS	20
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	28
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes	28
2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentli- chen Dienstes	28
2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung	29
2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentli- chen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaf- ten in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	29
2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen	31
2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkrei- sen in Sachsen-Anhalt	36
2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemein- schaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt	39

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)	42
2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)	48
2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten	50
2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	50
2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt	54
2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer	56
2.5. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Magdeburg und Halle	57
2.6. Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten	58
2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung in Sachsen-Anhalt	58
3. Forschung	61
4. Öffentlichkeitsarbeit	63
4.1. Broschüren	63
4.2. Veranstaltungen	70
4.2.1. „Widerstand gegen totalitäre Herrschaft und ideologischen Zwang“	70
4.2.2. „Die fünfziger Jahre in Deutschland – Leben im geteilten Land“ Tagung zur Lehrerfortbildung am 19./20. Oktober 2001	74
4.2.3. Weitere Veranstaltungen	78
4.3. Faltblätter	83
4.4. Rundbrief	83
4.5. Bibliothek	83
4.6. Internet	85
5. Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten	86
6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung	93
6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitierung und zu vermögensrechtlichen Fragen	93
6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	93
6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitierung und zum Vermögensrecht (bundesweit)	94
6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich der freien Berufe (bundesweit)	95
6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität	95
6.3. Unterlagen der Zentralen Erfassungsstelle	96

I. Einleitung

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagengesetz für Sachsen-Anhalt legt fest, dass die Landesbeauftragte zum 31.3. eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung Bericht zu erstatten hat. Hiermit wird der achte Bericht vorgelegt. Er umfasst den Zeitraum vom 1.4.2001 bis 31.3.2002. Die Struktur der Berichte hat sich inzwischen bewährt. Auch aus Gründen der Übersichtlichkeit wird sie beibehalten. Als Stichtag für die Angaben zur Überprüfung von Angestellten des öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS und den Stand der Bearbeitung verschiedener Anträge wurde aus organisatorischen Gründen der 31.12.2001 gewählt.

Das Jahr 2001 war geprägt von der Erinnerung an den Mauerbau am 13. August 1961, also vor vierzig Jahren. Aus Anlass dieses Ereignisses wurden von der Behörde vier Broschüren herausgegeben, die sich jeweils mit unterschiedlichen Folgen der endgültigen Schließung der innerdeutschen Grenze beschäftigten. Es wurde an die Todesopfer, an die Verhaftungen nach einer gescheiterten Flucht und die unterbrochenen familiären Beziehungen erinnert. Eine Broschüre schildert die geglückte Flucht über Jugoslawien und die damit in Zusammenhang stehende Todesangst. Insgesamt ist bei der Zusammenstellung aller Broschüren und in den einzelnen Beratungsgesprächen immer wieder deutlich geworden, wie tief diese Grenze auf die Menschen eingewirkt und den Alltag geprägt hat.

Ein weiterer Jahrestag erinnerte an das Inkrafttreten des Stasi-Unterlagengesetzes vor 10 Jahren im Dezember 1991. Begleitet wurden die Feierlichkeiten von der Auseinandersetzung über die Herausgabe von Unterlagen des MfS zu Forschungszwecken, angestoßen durch Helmut Kohl in einem Gerichtsverfahren. Unabhängig von der letztinstanzlichen Gerichtsentscheidung in diesem Fall sollte das Stasi-Unterlagengesetz in den entsprechenden Paragraphen 32 ff. konkretisiert werden. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf das ursprüngliche Anliegen, nämlich den von der Arbeit des MfS Betroffenen Einsicht in die über sie angelegten Unterlagen zu ermöglichen und die Namen der dafür Verantwortlichen zu erfahren sowie über die Arbeitsweise des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ zu informieren. Beides muss nach wie vor umfassend möglich sein.

Dass nach wie vor ein großes Bedürfnis an Informationen in diesem Bereich besteht, zeigt nicht nur das Interesse an den Broschüren der Behörde der Landesbeauftragten, sondern auch an den Überprüfungen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS, besonders in den Diskussionen um den MDR und im Vorfeld der Wahlen. Die bisherige Praxis hat sich bewährt und sollte nicht verändert werden.

Ein Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die Durchführung von 21 Beratungstagen, um über die Rehabilitierungsmöglichkeiten, besonders vor dem Hintergrund des drohenden Fristablaufs zum 31.12.2001, zu informieren. Diese Beratungen wurden in Zusammenarbeit mit den Rehabilitierungsbehörden, Kreis- und kommunalen Verwaltungen durchgeführt. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass immer noch nicht alle Betroffenen genügend über ihre Rechte informiert sind. Zum Jahresende wurden die Fristen um zwei Jahre verlängert. Die Behörde wird sich deshalb auch 2002 mit Beratungsangeboten in den einzelnen Regionen Sachsen-Anhalts zur Verfügung stellen.

Die Opfer und Verfolgten des SED-Regimes hatten die Einrichtung einer einheitlichen Pension für in Deutschland aus politischen Gründen verfolgte Menschen erwartet. Ihre Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht, als der Deutsche Bundestag am 18. Mai 2001 den Antrag auf eine entsprechende Regelung ablehnte. Auch die Anerkennung von haftbedingten Gesundheitsschäden ist noch nicht zufriedenstellend geregelt.

Die Arbeit der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen zur Betreuung von Opfern und zur Information über politisches Unrecht in der DDR ist unverzichtbar und muss dauerhaft gesichert werden. Hier ist das Land Berlin kürzlich mit gutem Beispiel vorangegangen, indem der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses einstimmig einen Antrag angenommen hat, der den Senat auffordert, ähnliche Einrichtungen dauerhaft finanziell zu unterstützen.

Die gesellschaftliche Anerkennung von Zivilcourage in der DDR steht weitgehend noch aus. Hier sollten sich auch die Kommunen stärker engagieren. Der 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 wäre hierfür ein guter Anlass. Inzwischen wurde festgestellt, dass dieser Tag in vielen Kalendern gar keine Erwähnung mehr findet. Das muss sich dringend wieder ändern. Mit diesem Anliegen hat sich die Landesbeauftragte zumindest an den Hersteller der in der Behörde verwendeten Kalender gewandt.

Ein Beispiel der Erinnerung an den Herbst 1989 hat die Stadt Dessau gefunden. Dort wurde im Jahr 2000 eine Glocke aus dem Schrott der Waffen ehemaliger SED-„Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ gegossen. Die Waffen waren auf Beschluss des Runden Tisches 1990 eingeschmolzen worden. Heute steht die „Friedensglocke“ vorläufig in der Fußgängerpassage in Dessau. Ein endgültiger Standort, wo sie dann hoffentlich bald erklingen kann, muss noch gefunden werden. Der Verein „Bürgerdenkmal e. V.“ bemüht sich um ein Denkmal in der Stadt Magdeburg, welches an den Herbst 1989 erinnert.

Die Nachfrage nach Informationen zur Arbeit des MfS und seiner „Partner des operativen Zusammenwirkens“ ist nach wie vor groß. Die finanziellen

Mittel der Behörde reichen nicht aus, den Bedarf zu decken. Vergriffene Broschüren werden ins Internet eingestellt oder bei Bedarf kopiert. Sie finden zunehmend Eingang in die politische Bildung.

Der vorliegende Bericht geht auf die verschiedenen Arbeitsgebiete der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter ein. Er bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorzustellen und Schwierigkeiten zu benennen.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Der Landesbeauftragten stehen 5 Mitarbeiter zur Verfügung. Alle Stellen sind besetzt. Der Personalausbau ist damit abgeschlossen.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Einzelplan 11 im Kapitel 1114 der Landesbeauftragten finanzielle Mittel wie in der umseitigen Tabelle ersichtlich zur selbständigen Bewirtschaftung im Vergleich zu 2000 zu.

Die Druckerarbeiten für die Veröffentlichungen (Titel 531 01) wurden alle in der JVA Naumburg ausgeführt. So konnten diese Mittel über dieses landeseigene Unternehmen in den Landeshaushalt zurückfließen. Aus Kostengründen wurde der Satz der Broschüren und Faltblätter von Mitarbeitern der Behörde ausgeführt.

Der jährlich stattfindende bundesweite Kongress der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, an dessen Finanzierung sich die Landesbeauftragten zu gleichen Teilen beteiligen, wurde aus im Haushaltsjahr 2001 aus dem Titel 525 01 finanziert. Das Land Sachsen-Anhalt stellte zusätzlich 30.000 DM für den 2001 in Sachsen-Anhalt stattgefundenen Kongress zur Verfügung. Die jährlich stattfindende, gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführte Lehrerfortbildungsveranstaltung wurde aus dem Titel 531 03 Öffentlichkeitsarbeit finanziert. Im Bezug auf die Titel 685 11 und 685 51, aus denen die Landesbeauftragte die Zuwendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, wurden die Mittel bei 36.000 DM stabil gehalten. Sie wurden vollständig verbraucht. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin fördert nur Projekte mit länderübergreifender Bedeutung, wenn das jeweilige Land einen finanziellen Beitrag dazu leistet. Auf Antrag der Landesbeauftragten wurde im Haushalt 1999 ein Titel 685 52 neu aufgenommen und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

100.000 DM für die Jahre 2000 bis 2004 versehen. Dadurch wurde es möglich mit der Stiftung eine Vereinbarung abzuschließen, die die anteilige Förderung durch die Behörde der Landesbeauftragten regelt. Diese Regelung hat sich auch im Haushaltsjahr 2001 bewährt.

Titel	Zweckbestimmung	Zuweisung 2000	Zuweisung 2001
511 01	Geschäftsbedarf	4.000 DM	4.000 DM
512 01	Bücher und Zeitschriften	9.000 DM	8.000 DM
513 01	Post- und Fernmeldegebühren	19.000 DM	19.000 DM
515 01	Unterhaltung von Geräten und Ausstattung	1.000 DM	1.000 DM
515 02	Ersatz und Ergänzung der Geräte	2.000 DM	2.000 DM
522 32	Betreuungskosten bei der Beratung	1.000 DM	1.000 DM
525 01	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	10.000 DM	10.000 DM
526 01	Sachverständigen- / Gerichtskosten	0 DM	0 DM
527 01	Reisekosten	8.000 DM	8.000 DM
531 01	Veröffentlichungen	23.500 DM	23.500 DM
531 03	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	30.000 DM	30.000 DM
537 01	Behördenumzüge	1.000 DM	1.000 DM
538 01	Dienstleistungen Außenstehender	20.000 DM	20.000 DM
546 59	Vermischte Verwaltungsaufgaben	1.000 DM	1.000 DM
685 11	Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung	36.000 DM	36.000 DM
685 51	Sonstige Zuschüsse	36.000 DM	36.000 DM
685 52	Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin – Verpflichtungsermächtigung für HH 2000 und fortfolgende Haushalte bis 2004	100.000 DM	100.000 DM

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Notwendig wurden, wie in den Vorjahren, Anschaffungen, die auf die wachsende Bibliothek und den Aktenbestand reagieren. Im Berichtszeitraum wurden ein Regal für die Bibliothek angeschafft. Mit Blick auf die Euroumstellung musste ein neues Frankierwerk angeschafft werden.

III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

Die Beratung von einzelnen Personen, aber auch Behörden, Institutionen und Vereinen im Umgang mit den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit oder Rehabilitierungsfragen nimmt nach wie vor den größten Teil der Arbeit der Behörde ein. Immer mehr junge Menschen erkundigen sich nach der Arbeit des MfS. Das Interesse an den Machtstrukturen in der DDR und ihren Folgen ist groß. Das ergab auch eine Umfrage unter Jugendlichen (siehe unter Punkt 4.2.2.). Die mittlere Generation ist häufig immer noch auf der Suche nach Unterlagen, welche ihr eigenes oder das Schicksal ihrer inzwischen verstorbenen Eltern erhellen können.

1.1. Beratung von Betroffenen

Die Beratung und Unterstützung von Menschen, welche von SED-Unrecht betroffen sind, und deren Angehörigen wird seitens der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter weiterhin als ihre wichtigste Aufgabe gesehen. Das hat sich in den letzten Jahren nicht geändert. Die Folgen von Repression in den vorangegangenen Jahrzehnten liegen tiefer und dauern länger an, als im Herbst 1989 vermutet wurde. Das wurde durch wissenschaftliche Forschungen inzwischen bestätigt. Allerdings haben es diese Erkenntnisse sehr schwer, in Verwaltungshandeln Eingang zu finden.

Schriftliche, telefonische und persönliche Anfragen erreichen die Landesbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie umfassen sowohl einfache Fragen nach Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des MfS und anderer Archive als auch tiefgehende Probleme bei der Bewältigung des Geschehenen. Es zeigt sich, dass sich häufig schon vor langer Zeit zugefügte Schmerzen im Gedächtnis eingebrannt haben. Die Erinnerung an erlebtes Unrecht und Ohnmachtserfahrungen lassen sich nicht einfach tilgen. Der Umgang mit diesen Erinnerungen muss gelernt werden, hierfür fehlen jedoch häufig geeignete Begleiter. Hinzu kommt für viele die Enttäuschung über den mangelnden Ausgleich für das Erlebte. In den Gesprächen wird häufig beklagt, dass sich der Einsatz für Demokratie im Gegensatz zu denjenigen, welche sich angepasst haben, nicht „gelohnt“ habe. In diesem Zusammenhang wird „Lohn“ meist nicht mit Geld gleichgesetzt, sondern mit Anerkennung. Dieses wurde besonders deutlich, als der Bundestag am 18.5.2001 in einer Sitzung im Anschluss an ein Verfassungsgerichtsurteil die Renten der MfS-Mitarbeiter erhöhte, aber den Antrag auf eine Zusatzrente für politisch Verfolgte ablehnte.

Im Vergleich zum vergangenen Berichtszeitraum haben die telefonischen Anfragen und Gespräche weiter zugenommen. Das ist der Tatsache geschuldet, dass ein großer Teil der Ratsuchenden bereits sehr alt ist, aber auch der flächenmäßigen Ausdehnung des Landes Sachsen-Anhalt. Die Betroffenen werden neben dem Hinweis auf antragsbearbeitende Behörden auch bei der Suche nach Dokumenten, welche die Verfolgung belegen, unterstützt.

1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt

Im Hinblick auf die Angebote zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug hat sich im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum die Situation nicht geändert. Nach wie vor gibt es in Sachsen-Anhalt keine speziell auf die Verfolgten des SED-Regimes zugeschnittenen Angebote, welche sich **grundlegend** mit den psychischen Folgen von Verfolgungserfahrungen auseinandersetzen und Hilfen anbieten könnten. Es bleibt den Betroffenen nur der Weg, sich an einen Psychologen ihres Vertrauens zu wenden. Einige wenige haben sich speziell auch mit den Folgen politischer Haft beschäftigt. Die Behörde der Landesbeauftragten kann nur eine Erstberatung leisten oder Informationsmaterial weiterleiten.

Der Caritasverband hat auf diesem Gebiet ein Weiterbildungsangebot initiiert, an dem auch die Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt und Sachsen als Referenten beteiligt sind. Ein Mitarbeiter der Caritas aus Sachsen-Anhalt hat die Möglichkeit zur Teilnahme bekommen.

1.1.2. Rehabilitation und Entschädigung

1.1.2.1. Das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften

Aufgrund der hohen Zahl der Antragssteller nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und der zu vermutenden großen Anzahl der Berechtigten, die bislang noch keinen Antrag gestellt haben, wurde durch den Deutschen Bundestag am 20. Dezember 2001 das Gesetz zur Änderung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften beschlossen (Bundesgesetzblatt 2001 Teil I, S. 3986): Die Fristen des **Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetzes** (StrRehaG von 1992), des **Verwaltungsrechtlichen** und des **Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes** (VwRehaG und BerRehaG von 1994) sowie des **§ 60 Bundesausbildungsförderungsgesetz** (Erlass der Darlehensrückzahlung für beruflich Rehabilitierte) wurden verlängert. Die Antragstellung ist bei Gericht bzw. bei der Rehabilitierungsbehörde nunmehr bis zum **31. Dezember 2003** möglich.

Die **Strafrechtliche Rehabilitation** einer politisch motivierten Verurteilung oder sonstigen Anordnung zur Freiheitsentziehung, sofern diese der politischen Verfolgung oder sonstigen sachfremden Zwecken gedient hat, erfolgt durch das Landgericht am Sitz des früheren Bezirks.

Die Rehabilitation erfordert eine genaue Untersuchung des Einzelfalls. Nicht jedes DDR-Urteil kann aufgehoben werden, obwohl ein politischer Hintergrund zunächst zu vermuten ist. Besondere Schwierigkeiten bei der Rehabilitation ergeben sich zum Beispiel, wenn bei der an sich rechtsstaatswidrigen Verhaftung ein Polizist beleidigt wurde. Dies gilt auch für Verurteilungen nach § 249 StGB-DDR („Asozialität“), bei denen die Zusammenhänge besonders sorgfältig überprüft werden müssen.

Jede strafrechtliche Rehabilitation begründet für den Betroffenen Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen, sofern er nicht gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Soziale Ausgleichsleistungen werden auf Antrag als Kapitalentschädigung gewährt. Wenn der Betroffene den Antrag nach dem 18. September 1990 gestellt hat, ist die Kapitalentschädigung auch vererblich.

Zusätzlich besteht sowohl für ehemalige Häftlinge als auch für sonst rechtsstaatswidrig in ihrer Berufstätigkeit Beeinträchtigte ein Anspruch auf **berufliche Rehabilitation** zum **Ausgleich** eventueller **Nachteile in der Rentenversicherung**.

Zum 1. Januar 2000 wurde die Kapitalentschädigung auf 600,00 DM pro angefangenen Haftmonat erhöht. Die Nachzahlung zur bereits gewährten Kapitalentschädigung erfolgt nur auf Antrag des Betroffenen (der Erben).

In Sachsen-Anhalt strafrechtlich Rehabilitierte senden den Antrag an das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 45/5 27 6-0
Maxim-Gorki-Straße 4–7, 06114 Halle (Saale)
bzw. das

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 91/6 27 30 00
Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg,

Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, senden den Antrag an das

Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27,
Dessauer Straße 70, 06118 Halle.

Im Zeitraum bis 2001 wurden in Sachsen-Anhalt 28.773 Anträge auf Kapitalentschädigung nach strafrechtlicher Rehabilitation gestellt. Zu dieser Zahl kommen noch die Anträge auf Kapitalentschädigung der nach dem HHG anerkannten politischen Häftlinge, in Sachsen-Anhalt bislang insgesamt 1.767, davon 38 Erstantragssteller im Jahr 2001.

Bislang wurden von knapp der Hälfte der strafrechtlich Rehabilitierten oder deren Erben Nachzahlungsanträge gestellt. Auch hier läuft die Antragsfrist nunmehr zum **31. Dezember 2003** aus.

Für die strafrechtliche Rehabilitierung zuständig ist das Landgericht am Sitz des ehemaligen Bezirks der DDR, in dem die Verurteilung ausgesprochen wurde, z. B. in Sachsen-Anhalt:

LG Magdeburg	Halberstädter Str. 8	PLZ 39112	03 91-60 60
Landgericht Halle/Saale	Hansering 13	PLZ 06108	03 45-22 00

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, z. B.

Regierungspräsidium Dessau	Dezernat 27	PF 12 05	PLZ 06839
Regierungspräsidium Halle	Dezernat 27	PF 200256	PLZ 06003
Regierungspräsidium Magdeburg	Dezernat 27	PF 19 60	PLZ 39009

Über die Möglichkeit der persönlichen Antragsstellung hinaus können berufliche Rehabilitierungsentscheidungen nur auf Antragstellung durch den Rentenversicherungsträger (bis einschließlich 31.12.2006) erfolgen. Die BfA hatte bereits zugesichert, bis dahin alle Rentenverläufe – auch der noch Erwerbstätigen – auf Rehabilitierungsmöglichkeiten zu überprüfen; nunmehr haben die LVAs dies ebenfalls zugesagt.

1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (Stichtag: 31.12.2001)

2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Für die Zeit seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 bis zum 31.12.2001 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung der Tätigkeit der Dezernate 27 der Regierungspräsidien:

Stand: 31.12.2001 – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	4.254	Erled. d. Bescheid: Antrag war	(2.526)
Erledigungen	3.246	begründet	1.414
unerledigt	1.008	teilw. begründet	53
Erled. d. Bescheid	2.526	nicht begründet	1.059
Erled. d. Sonstiges	720	oder unzulässig	

In 13 Fällen lagen Ausschlussgründe nach dem VwRehaG vor.

Stand: 31.12.2001 – Berufliches Rehabilitierungsgesetz			
Eingänge	12.411	Erled. d. Bescheid: Antrag war	(6.696)
Erledigungen	9.240	begründet	5.085
unerledigt	3.171	teilw. begründet	479
Erled. d. Bescheid	6.696	nicht begründet	1.132
Erled. d. Sonstiges	2.544	oder unzulässig	

Hiervon lag 7.917 Anträgen eine strafrechtliche Rehabilitierung zugrunde und 1.328 Anträgen eine verwaltungsrechtliche Rehabilitierung. In den übrigen Fällen war nur das Berufliche Rehabilitierungsgesetz anzuwenden. In 38 Fällen lagen Ausschlussgründe nach dem BerRehaG vor. (Ausschlussgründe sind Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit, z. B. durch Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst, siehe auch unter 2.1.2.).

Das auf der folgenden Seite abgebildete Dokument macht deutlich, wie aus politischen Gründen in das Berufsleben vieler Menschen eingegriffen wurde.

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz

Die strafrechtliche Rehabilitierung wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt **26.880** Eingänge von 1990 bis 1999. Für die Jahre 2000 und 2001 folgt eine nach der Art der Erledigung der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

	2000	2001		2000	2001
Eingänge	891	1002	Erled. d. Beschluss: Antrag war	(705)	(539)
Erledigungen	930	674	begründet	330	233
unerledigt	797	1125	teilw. begründet	95	98
Erled. d. Beschluss	705	539	nicht begründet	251	187
Erled. d. Sonstiges	215	135	unzulässig	29	21

Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Landgericht zuständig war.

VEB Chemiewerk Kapen
-Kaderabteilung-

Kapen, den 24.6.1966

Aktenvermerk:

*Mit MFS abgepr. werden
am 30.6. 1966*

Der Koll. [REDACTED] ging am 21.6.66 ein vertragliches Arbeitsrechtverhältnis mit dem VEB CWK bei einer monatlichen Vergütung von MDN 870.- Anfangsgehalt.

Nachdem er einen kleinen Einblick in die spezielle Produktion genommen hatte, kam er sofort am nächsten Tage zur Kaderabteilung und erklärte sich nicht mit der Art unserer Produktion einverstanden. Es bedarf grundlegender Darlegungen über den Charakter unseres Staates und WD sowie deren Armeen. An einfachsten Beispielen mußte dem Koll. [REDACTED] erläutert werden, das nicht Krieg Krieg ist. Er wußte nicht zwischen gerechten und ungerechten Kriegen einen Unterschied zu formulieren.

Am übernächsten Tag, 23.6.1966 hatte er die gleichen Ansichten in einer Aussprache mit dem Beauftragten für Sicherheit offen vertreten. Er sprach sich noch dahingehend aus, daß er nicht verstehen kann, warum das Manöver Oktobersturm gerade in der DDR durchgeführt wurde. Auch erklärte er sich nicht mit notwendigen Baumaßnahmen der Truppen der SU im Kreis Gräfenhainichen einverstanden.

Der Koll. [REDACTED] brachte hier starke pazifistische Einstellung zum Ausdruck. Es erscheint unerklärlich, wie ein Mensch, der unsere Bildungsstätten durchlaufen hat zu solch einer inneren Einstellung gelangen kann. Es erscheint uns auch unmöglich und unverantwortlich, wie der Koll. [REDACTED] überhaupt sozialistischer Ingenieur sein kann und einer Gruppe als sozialistischer Leiter vorstehen könnte. Wir schätzen ein, daß eine harte Bewährung an einem Arbeitsplatz unterer Gehaltsstufen und ohne Menschenführung dringend notwendig ist, ehe dieser Ingenieur verantwortlichere Aufgaben und damit mehr Geld übertragen bekommt.

Mit seiner Unterschrift hat er im Aufhebungsvertrag seine pazifistische Einstellung im ersten Teil seiner Begründung bestätigt.

gez. Beauftragter f. Sicherheit

VEB
Chemiewerk Kapen

Leiter d. Abt. Kader

Folgeleistungen (§ 17 V regelt die Nachzahlungen):

	2000					2001				
StrRehaG	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17 I	§ 17 V	§ 21	§ 22
Anträge	191	439	7989	30	8	145	341	884	19	3
Bewilligungen	203	344	6675	13	0	177	324	1192	12	0
Ablehnungen	6	30	6	46	3	10	36	2	31	8
Sonstige Erledigungen	5	160	725	8	0	6	40	51	16	1
offene Fälle	82	183	583	71	13	34	124	222	31	7

Aus der vom Landesamt für Versorgung und Soziales übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen zu Anträgen und Bewilligungen, wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Übersicht zu den Jahren 1993–1999 wird auf den 4. bis 7. Tätigkeitsbericht verwiesen. Sonstige Erledigungen sind überwiegend Fälle, in denen eine anderes Bundesland zuständig war. Bundesweit wurden im Jahr 2000 aufgrund des § 17 StrRehaG rund 123 Millionen DM ausgezahlt, davon rund 64 Millionen DM in den neuen Ländern.

Statistik der Antragsbearbeitung – Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

- § 6 StrRehaG: 95,89 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)
§ 17 I StrRehaG: 81,81 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)
§ 17 V StrRehaG: 88,66 % (Kapitalentschädigung, Nachzahlung)
§ 21 StrRehaG: 22,44 % (Beschädigtenversorgung/Haftfolgeschäden)
§ 22 StrRehaG: 6,10 % (Hinterbliebenenversorgung)

Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales als übergeordnete Behörde des Landesamtes für Versorgung und Soziales (LafVuS) vom 30.01.2002 zur Überprüfung der Entscheidungen über die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden:

Insgesamt waren 750 Fälle zu überprüfen, bei 741 Fällen wurde das bisherige Ergebnis bestätigt. Eine Länderumfrage hat ergeben, dass die Überprüfung in allen Bundesländern zu ähnlichen Ergebnissen geführt hat.

Um die Bearbeitung der Fälle noch weitergehend zu optimieren werden die Ablehnungsfälle von der/dem zuständigen Abteilungsleiter/in den Ämtern für Versorgung und Soziales in Halle und Magdeburg noch einmal einge-

Aktenvermerk der Kaderabteilung des VEB Chemiewerk Kapen vom 24.6.1966

hend überprüft und schlussgezeichnet. Hinsichtlich der Beurteilung des medizinischen Zusammenhangs (insbesondere bei psychischen Gesundheitsstörungen) werden auch zukünftig spezielle Gutachter für die Beurteilung von psychischen Haftfolgeschäden in das Verfahren einbezogen.

Folgeleistungen nach dem Häftlingshilfegesetz:

Auch für Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) haben, wurde die Kapitalentschädigung erhöht. Zuständig ist das Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27. Von dort wurden 86 Neuerteilungen von Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, 38 Fälle der Erstantragsstellung zur Kapitalentschädigung (600 DM pro Haftmonat; Vorjahr: 55) und 569 Fälle der Nachzahlung (873 Fälle zu 50 DM und 232 Fälle zu 300 DM; Vorjahr: 1.105) gemeldet. Insgesamt ergibt dies folgendes Bild (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2001	607	1.247.652,51 DM	2.055,44 DM
2000	1.160	3.953.813,13 DM	3.408,46 DM

1.1.2.3. Beratungstage der Behörde in Landkreisen in Sachsen-Anhalt

Mit Fragen zu den Rehabilitierungsgesetzen kann sich jeder an die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wenden.

Nach entsprechenden Zeitungsartikeln von Anfang Februar 2001 meldeten sich bis Monatsende noch 120 Personen, im Weiteren:

Februar	120	August (Sommerpause)	8
März	85	September	8
April	64	Oktober	39
Mai	28	November	34
Juni	23	Dezember	37
Juli	17	Januar	8
		Summe	471

Von den genannten Personen meldeten sich per Anruf (nach Herkunft):

Monat	Sachsen-Anhalt	neue Länder	alte Länder	Ausland	unklar	Summe
Januar 2001	0	0	0	0	0	0
Februar 2001	48	2	4	0	4	58
März 2001	63	2	3	1	5	74
April 2001	41	1	0	0	6	48
Mai 2001	5	2	2	0	1	10
Juni 2001	2	0	0	0	2	4
Juli–Nov. 2001	0	0	0	0	0	0
Dezember 2001	19	0	1	0	2	22
Januar 2002	5	0	2	0	0	7
Summe	183	7	12	1	20	223

Durch die Behörde wurden im März an zwei Terminen, im Juni an zehn Terminen und im Oktober an neun Terminen Beratungstage in den Landkreisen Sachsen-Anhalts und der kreisfreien Stadt Dessau durchgeführt – am Sitz der Behörde in Magdeburg und aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Außenstelle der Bundesbeauftragten in Halle besteht dort ohnehin regelmäßig Gelegenheit zur Beratung.

Die Beratungsgespräche wurden durch 2 Berater aus der Behörde und 1–3 Berater aus den Regierungspräsidien durchgeführt. Die Beratungstage dauerten durchschnittlich 6 Stunden.

Die Anzahl der Beratungsgespräche an den in den Kreisstädten Sachsen-Anhalts durchgeführten Beratungstagen ergibt sich aus der folgenden Tabelle. Jede Person wurde nur einmal erfasst, auch wenn sie sich sowohl an Berater aus der Behörde als auch an Berater aus den Regierungspräsidien gewandt hat: Fälle der Strafrechtlichen Rehabilitierung erforderten immer noch eine Beratung wegen des Stiftungs-Antrags und (durch das RP) wegen Beruflicher Rehabilitierung; Fälle Beruflicher Rehabilitierung (RP) erforderten meist noch eine Beratung durch die LStU wegen des Stiftungs-Antrags mit ebenfalls erheblichem Beratungsaufwand.

Der Materialaufwand für die insgesamt 21 Tage betrug: 90 Anträge auf strafrechtliche Rehabilitierung, 90 Informationen des BMJ zur strafrechtlichen Rehabilitierung, 200 Informationen des BMJ zur verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung (davon 90 von der Landesbeauftrag-

ten, i. Ü. Material der RPs), 250 Anträge der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, 35 Anträge auf Nachzahlung der Kapitalentschädigung, 460 Anträge Akteneinsicht BStU (MD oder HAL) und rund 200 Anträge auf berufliche Rehabilitation (Material der RPs).

Anzahl der Besucher bei den Beratungstagen:

Stendal	24	Haldensleben	31
Lutherstadt Eisleben	22	Sangerhausen	57
Oschersleben	32	Halberstadt	27
Burg, Genthin	52	Dessau	36
Naumburg	19	Merseburg	18
Aschersleben	23	Wernigerode	33
Köthen	34	Zerbst, Roßlau	15
Salzwedel	52	Quedlinburg	17
Bernburg	44	Lutherstadt Wittenberg	44
Bitterfeld	58	Summe	729
Weißenfels	79		
Schönebeck	22		

Die Zahlen der Beratungsgespräche sprechen für Folgendes:

- Hoher Beratungsbedarf besteht in Kreisen, die nicht an Magdeburg angrenzen.
- Manche Betroffenen werden erst nach mehrmaligen Pressemitteilungen aufmerksam.
- Die zur Verfügung stehende Zeit reichte nicht aus, alle Probleme zu besprechen.
- Die Informationen über die Rehabilitierungsmöglichkeiten haben noch nicht alle Betroffenen erreicht (auch in den alten Bundesländern).

1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich

Im Bereich des Vermögensgesetzes und des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes zeichnet sich ab, dass der Zeitraum, der für die Abarbeitung aller Anträge vorgesehen war, weit überschritten wird. Dies bedeutet erhebliche Verzögerungen bei der Auszahlung der Leistungen. Deshalb hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung vermögensrechtlicher und anderer Vorschriften

(Zweites Vermögensrechtsergänzungsgesetz – 2. VermRErgG), Bundestagsdrucksache 14/7228 vorgelegt mit dem Ziel der Klarstellungen und Beseitigung von Regelungen für einzelne vermögensrechtliche Verfahren. Ein Inkrafttreten ist noch nicht abzusehen.

Zur Frage der Verzögerungen erging folgende Antwort der Bundesregierung (Auszug) vom 20.06.2001 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Rainer Funke, Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P., Bundestagsdrucksache 14/6330:

Aus den statistischen Erhebungen, die vierteljährlich vom Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BARoV) veröffentlicht werden, wird deutlich, dass die Erledigungsquoten im Bereich EALG weit hinter den Erwartungen zurückbleiben. ... Die Registrierung der Ansprüche ist noch nicht abgeschlossen, obwohl die Antragsfristen schon lange abgelaufen sind. ... Angesichts des bislang erreichten Erledigungsstandes ist abzusehen, dass die Abarbeitung der Entschädigungsansprüche, nicht wie im EALG vorgesehen bis Ende 2003 erreicht werden kann.

1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung wurde bereits 1999 gebeten zu prüfen, inwieweit eine verbesserte Rentenregelung der Opfer möglich ist. Dieser Landtagsbeschluss erfolgte ohne Gegenstimmen (einstimmig). Er trägt die Nummer 3/27/2174b. Das Plenum wird sich damit nicht mehr beschäftigen. Ein Ergebnis liegt weiterhin noch nicht vor.

Zur Entschädigungsregelung für verfolgte Schüler in **Sachsen**

Bis zum Ablauf der Antragsfrist am 31. Mai 2001 wurden 2.577 Anträge auf Entschädigung für verfolgte Schüler (bis zu 7.000 DM; der Etatposten wurde auf von 1,7 Millionen DM aufgestockt) gestellt.

Bei der sächsischen Regelung handelt es sich um einen „Alleingang“, der von den anderen Ländern bisher nicht mitgetragen wird. In Sachsen-Anhalt ist bislang **keine** derartige Regelung geplant. Die Behörde der Landesbeauftragten hat dies aber in den zuständigen Ministerien angeregt.

1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat folgende Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittlicher Zahlbetrag
2001	507	2.544.400 DM	5.018,54 DM
2000	383	2.102.200 DM	5.488,77 DM
1999	255	1.252.800 DM	4.912,94 DM
1998	261	1.311.800 DM	5.026,05 DM
1997	131	611.450 DM	4.667,56 DM
1996	71	225.000 DM	3.169,01 DM
1995	58	203.100 DM	3.501,72 DM
1994	69	253.700 DM	3.676,81 DM
1993	74	284.900 DM	3.850,00 DM

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG (bundesweit: 4.101); die Fälle nach dem HHG (bundesweit: 945) werden nicht nach Ländern erfasst. Bundesweit zahlte die Stiftung im Jahr 2000 als Unterstützungsleistung 17.342.500 DM aus.

Leistungen der Stiftung an administrativ Inhaftierte:

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erbringt ihre Leistungen auch an ehemalige administrativ Inhaftierte oder deren Angehörige (Witwen und Waisen). Falls bis 1994 keine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG zugunsten des Inhaftierten beantragt wurde, besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass eine Behörde zur Klärung eines vermögensrechtlichen Anspruchs in Amtshilfe von der HHG-Behörde eine entsprechende Bescheinigung anfordert. Eine entsprechende Behörde ist auch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; deren Leistungen fallen ebenfalls unter die Regelung. In solchen Fällen ist der Stiftung bei der Antragsstellung auf Unterstützungsleistung Haftdauer (Beginn und Ende), Ort der Verhaftung, der Inhaftierung und der Freilassung sowie möglichst auch Haftgrund darzulegen (darzustellen) und nachzuweisen. Hierfür kommen alle Urkunden (Entlassungsschein, Gefangenenpost, Bescheinigung des DRK-Suchdienst [Chiemgaustraße 109, 81549 München]) oder Zeugenaussagen (schriftlich, mit z. B. vom Bürgermeister beglaubigter Unterschrift und Geburtsdatum) in Betracht.

1.1.2.7. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation

Wenn man mittels Akteneinsicht in Russland Sachaufklärung betreiben will, kann man sich an:

Herrn Dr. Klaus-Dieter Müller
Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer
politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1
01069 Dresden

wenden. Zur Akteneinsicht liegt ein Antrag an die Russische Föderation bei der Landesbeauftragten bereit, einschließlich dem Ersuchen, Kopien der betreffenden Akten zur Verfügung zu stellen, sowie – für den Fall einer vermissten Person – ein Antrag an den DRK-Suchdienst.

Der Antrag auf Rehabilitation durch die russische Föderation ist an die **neue** Anschrift des Auswärtigen Amtes zu senden (11013 Berlin).

Kasachstan schloss 1994 ein sehr weitgefasstes kulturelles Kooperationsabkommen mit der Bundesrepublik und öffnet nun ein ehemaliges GULag für die historische Forschung. Es handelt sich um ein riesiges Lagersystem in der Steppe Kasachstans, den sogenannten Karlag. Es gibt Karteikarten über sämtliche achthunderttausend Lagerinsassen; über die siebzigtausend, welche dort zu Tode gekommen sind, liegen Dossiers vor, die zwanzig bis zweihundert Seiten stark sind. Die Auswertung – bislang wurden erst fünfhundert Akten sowohl quantitativ als auch qualitativ erfasst – erfolgt durch das Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Bonn unter Leitung von Dietmar Dahmann. (Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.01.2002)

1.1.2.8. Akteneinsicht in der Tschechischen Republik und in Polen

Das Unterhaus der Tschechischen Republik billigte am 8. Februar 2002 die Gesetzesnovelle über die umfangreichere Offenlegung der Akten der kommunistischen Sicherheitspolizei StB. Sollte auch der Senat der Gesetzesnovelle zustimmen, erhalten Tschechen zwölf Jahre nach der politischen Wende nicht nur in ihre eigene Akte Einsicht. Bisher hatte der tschechische oder ehemalige tschechoslowakische Staatsbürger lediglich das Recht, in seine eigene oder diejenige Akte Einsicht zu nehmen, die Angaben zu seiner Person enthält. Mit dem neuen Gesetz soll sich dies ändern. Sollte es in Kraft treten, könnten alle volljährigen Bürger in die bisher geheimgehaltenen Akten über die StB-Mitarbeiter Einsicht nehmen, zugänglich werden auch die Materialien der geheimen Sicherheitsdienste, mit denen die StB zusammengearbeitet hat. Akten, in denen es um Fragen der Staatssicherheit geht oder deren Veröffentlichung Menschenleben gefährden könnten, sollen jedoch auch künftig der Geheimhaltung unterliegen.

Die StB-Akten werden von der Behörde für Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus im ostböhmischen Pardubice

verwaltet. Alle Dokumente werden sofort mit Inkrafttreten des Gesetzes offengelegt. Nur bei dem kompletten Verzeichnis aller Agenten ist eine einjährige Frist vorgesehen. Die Anschrift lautet:

ÚŘAD DOKUMENTACE A VYŠETŘOVÁNÍ
ZLOČINŮ KOMUNISMU
POLICIE ČESKÉ REPUBLIKY
170 34 POŠTOVNÍ ÚŘAD PRAHA 7
POŠTOVNÍ SCHRÁNKA 21/ÚDV.

Seit 1999 arbeitet in Polen das Institut für Nationales Gedenken (IPN). Das IPN wurde nach dem Muster der Gauck-Behörde aufgebaut. Es hat alle Akten der Sicherheitsorgane sowie einige Ein- und Auswanderungsakten aus der Zeit von 1944-1989 übernommen. Im Gegensatz zur Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR verfügt das Institut auch über das Recht, selbst strafrechtlich gegen nationalsozialistische und kommunistische Verbrechen auf polnischem Territorium vorzugehen. Kommunistische Verbrechen - ein neuer rechtlicher Terminus - betreffen dabei den Zeitraum vom 17. September 1939 (dem Einmarsch der Sowjettruppen in Polen) bis zum 31. Dezember 1989. Akteneinsicht für Privatpersonen ist seit August 2001 möglich. Die ersten Betroffenen (rund 200) in Polen haben sich bereits mit dem Inhalt ihrer Akten bekannt gemacht. Die Akten sind auch für Deutsche zugänglich. Nunmehr hat jedoch im Sejm (in dem die Postkommunisten die stärkste Partei sind) der zuständige Ausschuss im Februar vorgeschlagen, im Rahmen der Einsparungen im Haushaltsplan die Gelder für die Tätigkeit des Instituts radikal zu kürzen. Auf Anfrage kann die Anschrift eines Jura-studenten der Warschauer Uni mitgeteilt werden, der Betroffene zu unterstützen angeboten hat.

1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Weiterhin ist das Misstrauen seitens der Betroffenen gegenüber Anwälten, die DDR-Bürger waren, auf dem Hintergrund der Tatsache groß, dass auch ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS heute Rechtsanwälte sind. Leider ist es der Behörde der Landesbeauftragten nicht möglich, eine Lösung für dieses Probleme herbeizuführen.

1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter des MfS oder in Einzelfällen auch deren Kinder nehmen nur sehr eingeschränkt die Beratungsangebote der Landesbeauftragten wahr. Der Ablauf der Verjährungsfristen hat sich zu-

mindest nach der Erfahrung der Landesbeauftragten in diesem Bereich **nicht** gesprächsfördernd ausgewirkt.

Durch den Brief eines Betroffenen wurde die Behörde im Oktober 2001 darauf hingewiesen, dass der Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS auch für manche Familien ein Problem bedeutet. Es heißt dort:

Kontakte zu ehemaligen MfS-Mitarbeitern finden nicht nur auf der Ebene Opfer-Täter sondern wie ich glaube, vor allem auch im privaten Bereich statt. Ich habe meine Frau 1996 geheiratet. Mein Schwiegervater war hauptamtlich beim MfS, das Miteinander gestaltet sich sehr schwierig und ich erlebe es als sehr belastend.

Dieser Mann war auf der Suche nach Gesprächsangeboten. Eine Selbsthilfegruppe ist auf Grund der schwierigen Thematik, der Tatsache, dass sehr wenige Rat suchten, und der großen räumlichen Entfernungen bisher nicht zustande gekommen. Es zeigt sich jedoch auch hier, dass die Aufarbeitung einen langen Atem, große Gesprächsbereitschaft und Ehrlichkeit braucht.

Folgender Bericht beschreibt, auf welche Art es in diesem Fall möglich war, sich der Zusammenarbeit mit dem MfS weitgehend zu entziehen. Geschrieben wurde er von jemandem, der Mitte der 60er Jahre wegen versuchter Republikflucht in Haft war:

Die Werbung, Anfang und Ende.

Es war der 17. Januar 1975. Wieder so ein Tag, an dem ich nicht recht wußte, was ich anstellen sollte. Die Arbeit war getan, Reparaturaufträge aus dem Wohnblock, welchen ich in Feierabendtätigkeit betreute, hatte ich auch keine bekommen, also fuhr ich gegen 18 Uhr nach Olvenstedt zu Bodo.

Bodo, ein guter Freund, zu jeder Schandtat bereit, betreute meine „Rennmaschine“ der Marke MZ ETS 250 seit Jahren. Immerhin wurde ich mit ihr Bezirksmeister im Orientierungslauf 1974. Nach kurzer Beratung einigten wir uns auf einen Besuch des Rasthofes Börde. Dort konnte man gut zu Abend essen und lernte interessante Leute aus dem Westen kennen. Auch konnte man mit denen manche Westmark verdienen, in dem die Rechnung ihrer Zeche übernommen wurde und diese dann im Anschluss eins zu zwei an uns bezahlt wurde. Gäste aus dem Westen mußten nämlich das Verpeiste in harter Währung begleichen, wobei wir aus dem Osten in Ostmark zahlen konnten. So hatten beide Seiten einen Vorteil, wenn man bedenkt, daß der inoffizielle Tauschkurs eins zu vier bis fünf war.

Wie bei fast jedem Besuch dieser Raststätte lernten wir auch an jenen Abend einen jungen Mann kennen. Schnell waren wir uns einig, wer die Ze-

che zu welchen Konditionen begleichen würde. Ich bestellte für alle, denn hätte der junge Mann für sich bestellt, hätte der Kellner auch ihm die Rechnung für sein Essen reichen müssen. Dies wurde ständig von der Leitung der Gaststätte kontrolliert. Darauf achteten auch die Kellner untereinander, denn jeder war auf seinen Vorteil bedacht. Es war eine Auszeichnung, dort arbeiten zu dürfen. Die kleinste Unregelmäßigkeit, und derjenige „durfte“ gehen. Ein weiterer Aspekt war, zahlte ein Ostdeutscher, gab es Trinkgeld auch nur in Ostmark. Des weiteren war die Bedienung auch irgendwie am Devisenumsatz beteiligt.

Gemeinsam ließen wir uns das Abendessen schmecken. Wir unterhielten uns über alles was uns interessierte. Er war, so sagte er uns, Student aus Westberlin und habe in seinem PKW Zeitschriften und einen ganz neuartigen Taschenrechner liegen. Diese Sachen wollte er uns gerne überlassen. An diesem Abend war die Raststätte wieder brechend voll. Zwei Tische weiter saßen zwei männliche Personen. Einer von beiden stocherte gelangweilt in einem Stück Torte, der andere rührte ständig seinen Kaffee, ohne davon zu trinken. Es war ein komisches Paar, aber eben nicht außergewöhnlich, da hier ja Menschen aus aller Welt Halt machten, um eine Rast einzulegen. Später zahlte ich die Rechnung, vor der Tür bekam ich dann die vereinbarte Summe in meiner Lieblingswährung, in DM. Wir begaben uns zum Fahrzeug des jungen Mannes. Das „Häßliche Entchen“, wie der Renault im Volksmund genannt wird, stand etwas abseits. Etwa fünfzehn Meter von diesem Fahrzeug entfernt putzte ein Mann mittleren Alters die Scheiben seines Wagens. Das war nicht ungewöhnlich auf dem Parkplatz der Raststätte. Da ich aber wußte, daß dort ständig der Zoll und die Staatssicherheit präsent waren, ließ ich diese Person nicht aus den Augen. Wir stiegen dann in den Wagen des Studenten und unterhielten uns weiter. Der fensterputzende Mann vollendete sein Werk und ging in das Gebäude der Raststätte.

Nach einiger Zeit erschien er erneut und begann wieder die Scheiben des Fahrzeuges zu putzen, da wußte ich was Sache war und wer dort putzte. Die Vernunft wäre jetzt der richtige Ratgeber gewesen, aber der Reiz, die Zeitungen zu besitzen war größer und so nahm das Schicksal seinen Lauf. Nachdem wir uns von dem netten Studenten verabschiedet hatten, ergriff ich die in einer Plastetüte versteauten Zeitschriften und verließ, so meinte ich, unbemerkt das „Häßliche Entlein“, Bodo folgte mir kurz darauf. Als wir in Bodos Trabant den Rasthof verließen, putzte der Typ immer noch an der Windschutzscheibe seines Wagens. In seiner Nähe bemerkte ich jetzt die beiden Gestalten aus dem Gastraum. Sie bewegten sich auf den Wagen mit den so gründlich gereinigten Scheiben zu. Dann entzog sich das Bild meinen Augen, meine Gedanken waren indes schon bei den ergatterten

Zeitschriften. Nach kurzer Zeit verließen wir die Autobahn, wenige Minuten später sahen wir unten im Tal Olvenstedt. Irgendwie war ich doch unruhig und schaute des öfteren aus dem hinteren Fenster, um etwas zu erspähen, was uns verfolgte. Dann plötzlich hinter uns das Licht von Scheinwerfern. Mich überkam ein ungutes Gefühl, sollten das etwa die Leute vom Rasthof sein? Die Lichter kamen schnell näher, Bodo holte das Letzte aus seinem Plastebomber heraus. Trotz frasierter Maschine bei 130 Km/h war Feierabend. Als der Lada uns überholte und uns die rote Kelle gezeigt wurde, öffnete ich die Beifahrtür und warf den Beutel mit den Zeitungen auf den angrenzenden Acker. Wenige hundert Meter weiter wurden wir dann gestoppt.

Nach dem Anhalten wurden wir mit gezogener Waffe zum Aussteigen aufgefordert, dem kamen wir nach. Mir schlotterten die Knie und mir war vor Aufregung richtig schlecht. Die erste Befragung erfolgte gleich vor Ort, Bodo befragte man am Lada und mich am Trabant. Wir sollten den weißen Beutel, den wir an der Raststätte übernommen haben, herausgeben. Bodo und auch ich bestritten je etwas erhalten zu haben, wir waren uns unserer Sache recht sicher. Vielleicht waren wir auch zu sicher. Die Herrn machten sich nicht einmal die Mühe, das Fahrzeug zu durchsuchen, sondern ließen uns nach etwa 15 Minuten ohne Kommentar weiterfahren. Mir fiel ein Stein vom Herzen, noch einmal gut gegangen. Vor Bodos Haustür in Olvenstedt stand noch mein Motorrad. Wir verabschiedeten uns, mit der inneren Überzeugung „Glück gehabt“. In dem Moment, in dem ich den Schutzhelm aufsetzen wollte, quietschten neben mir die Bremsen eines Fahrzeuges. Es war der Lada und die zwei Häscher sprangen heraus, der dritte blieb im Fahrzeug. Ich wurde am Ärmel gepackt und mit den Worten „den Beutel kennen Sie doch“ zum Lada gezerrt. Im Fahrzeug lag der von mir doch so verschmähte Beutel. Natürlich verneinte ich, den Beutel je gesehen zu haben. Unsanft wurde ich in den Wagen gestoßen. Bodo durfte in seinem Fahrzeug folgen. Zuvor hatte man uns die Papiere abgenommen. Die Fahrt ging dann nach Magdeburg in die Nähe des Olvenstedter Platzes. Wir befanden uns im Hauptzollamt, wie wir später erfuhren. Nach Aufnahme der Personalien und einem Verhör, daß sich etwa sechs Stunden hinzog, wurden wir auf freien Fuß gesetzt. Mir gab einer der Verhörenden auf, mich am nächsten Morgen bei meinem Oberbauleiter zu melden und ihn von dem Vorgefallenen in Kenntnis zu setzen. Obwohl ich den Zusammenhang noch nicht so recht deuten konnte, meldete ich mich am nächsten Morgen bei meinem Chef und schilderte ihm die Ereignisse der vergangenen Nacht. Er hatte bereits Kenntnis davon, sagte nur: „Halb so schlimm!“ und schickte mich an meine Arbeit. Später erfuhr ich, daß er sein dreizehntes Monatsgehalt von der Stasi bekam. Er war Mitarbeiter der Si-

cherungsgruppe Bauwesen. Einige Monate später, ich war aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr als Baggerfahrer tätig, sondern fuhr einen PKW in der Kombiatsleitung des Straßen- und Tiefbaukombinates Magdeburg in der Seestraße. Zu dieser bekam ich eine Vorladung vom Wehrkreiskommando Magdeburg zwecks Berichtigung der Wehrunterlagen. Ich wunderte mich, da ich ja als wehruntauglich eingestuft war und normalerweise zu diesem Zeitpunkt auch keine Musterung erfolgten. Wie schon erwähnt, führte ich für die KWV Magdeburg kleine Reparaturarbeiten in den Wohnungen der Mieter des Blockes Lübeckerstraße 43 bis 47 aus. Dadurch kannte ich eine Menge Leute, die in fast allen Berufsgruppen tätig waren, so auch ein Ehepaar, beide arbeiteten in Verwaltungen der Nationalen Volksarmee. Um Klarheit zu bekommen, was es mit der Vorladung auf sich hat, besuchte ich diese Leute. Ich zeigte der Frau die Vorladung. Als sie diese gelesen hatte sagte sie, fast für sich: „Wie kürzt denn der Leutnant ab?“ darauf sah sich ihr Mann das Schreiben an und sagte: „Ach das, das geht schon in Ordnung.“ Irgendwie wußte er bestimmt Bescheid.

Zum besagten Termin fuhr ich zum Domplatz, wo das Wehrkreiskommando seinen Sitz hatte.

Nachdem ich meine Vorladung dem Wachposten an der Pforte übergeben hatte, wurde ich in die erste Etage gebracht. Nach einigem Warten wurde ich dann in ein Zimmer gerufen, in welchen sich zwei Herren in zivil befanden. Sie stellten sich als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit vor. Der eine, wahrscheinlich der Chef, nannte sich Bartnick oder so ähnlich und hatte den Rang eines Hauptmanns, an den Namen und Rang des anderen kann ich mich nicht mehr erinnern. Ohne lange Umschweife kamen sie gleich zur Sache und warfen mir mein „Verbrechen“ auf dem Rasthof Börde vor. Sie sprachen von verbrecherischer Agententätigkeit und Schädigung des Arbeiter- und Bauernstaates, von Kontaktaufnahme zum Klassenfeind und daß sie mich auf Grund dessen sofort einsperren könnten und ich solle doch an meine Frau und mein Kind denken.

Irgend etwas würden sie schon finden, um auch meine Ehefrau einsperren zu können, um dann das Kind in ein Heim zu bringen und ob ich das wolle. Die beiden Schlitzohren wußten über alles bestens Bescheid, auch daß meine Frau des öfteren mit auf dem Rasthof war. Ich merkte, daß sie mich weich klopfen wollten, sehr viel war dazu auch nicht mehr nötig. Ich bebte vor Angst, aber auch vor Wut und Ohnmacht. Nach diesem psychologischen Tiefschlag kam wieder die versöhnliche Art, fast väterlich. Auf diese Art versuchten sie mir bei zu kommen, so ging das mehrere Stunden, mal Zuckerbrot dann wieder die Peitsche. In jedem Wort, in jeder Frage war eine Drohung. Als wieder mal das Zuckerbrot dran war, kam dann die alles

entscheidende Frage, ob ich mir vorstellen könnte, als Mitarbeiter ihres Ministeriums zu arbeiten. Es wäre für sie von großer Bedeutung, da ich ja einen überdurchschnittlichen Bekanntenkreis hätte. Ich habe nun die Wahl, ob Gefängnis oder Mitarbeit, ich solle gut überlegen. Sie wollen mir auch einige Zeit für die Entscheidung lassen, ich solle mich aber richtig entscheiden und mit niemanden, auch nicht mit meiner Frau über das heute Besprochene reden. Damit war die erste Zusammenkunft beendet. Zwei weitere sollten folgen.

Zu Hause angekommen, offenbarte ich mich meiner Frau, wir redeten fast die ganze Nacht, jedoch ohne ein konkretes Ergebnis, es war eine verfahrenere Situation. Auf der einen Seite unsere Bekannten, von denen einige einen Ausreiseantrag zu laufen hatten und die mir vertrauten, auf der anderen Seite diese Brut, die viel Macht hatte, und diese auch hemmungslos gebrauchen würde. Wir dachten mit Schrecken an das, was uns alles geschehen könnte, wir dachten an unsere kleine Tochter. Langsam reifte in mir der Entschluß, mit diesen Leuten ins Einvernehmen zu kommen, wenn auch nur zum Schein, denn in meine Seele konnten sie ja nicht schauen. Dies war für mich der einzige machbare Weg, um einigermaßen sauber zu bleiben. Im Inneren hoffte ich aber, daß das alles nur ein dummer, böser Traum war und daß sich das alles von selber löst. Leider war es kein Traum und die Wirklichkeit holte mich schon schneller als gedacht ein. Etwa drei Wochen später bestellte mich Bartnick telefonisch in die Julius-Bremer-Straße, in das Verwaltungsgebäude des Industriekombinates. Der Pfortner schickte mich in die obere Etage, die Zimmernummer weiß ich heute nicht mehr. Oben angekommen, wurde ich schon von meinen beiden „Bekannten“ erwartet. Sie kamen sofort zum Thema und wollten wissen, wie ich mich entschieden habe. Um keinen Verdacht zu erwecken, weigerte ich mich, mit ihnen einen Pakt einzugehen, ich lehnte jede Zusammenarbeit strikt ab. Die Beiden bearbeiteten mich ohne Pause einige Stunden lang. Ich blieb hartnäckig und weigerte mich um jeden Preis. Sie wurden wütend und schrien mich an. Bartnick flippte richtig aus, der andere legte mir dann Handschellen um und sagte, daß ich es nicht anders gewollt hätte. In der Zwischenzeit nahm Bartnick das Telefon und rief irgendwo an. Ich verstand nur soviel, wie Transport eines Staatsfeindes in das Untersuchungsgefängnis Umfassungsstraße. Nun hatte ich den Bogen überspannt. Ich mußte versuchen, noch etwas zu retten und begann zu weinen. Ich brach zusammen. Sie hatten ihr Ziel erreicht, so glaubten sie.

Sichtlich erschöpft und kleinlaut fragte ich sie dann, wie sie sich denn die Zusammenarbeit vorstellen würden und was sie denn von mir erwarten würden. Da bekamen ihre Augen einen gewissen Glanz und sie wurden zusehends freundlicher. Man bot mir sogar eine Tasse Kaffee an. Beide

erläuterten mir dann ihre Vorstellungen, in welcher Richtung ich tätig werden sollte. So sei doch vor etwa vierzehn Tagen der Wolga des Kombinatdirektors gegen einen Baum gefahren. Da könne ich nach Arbeitsschluß doch in der Garage mal nachsehen, ob die Vorderachse angesägt worden sei.

Darauf erwiderte ich, daß dies ein ausgemachter Blödsinn sei, da der Wagen doch nach dem Unfall sofort in eine Werkstatt gekommen sei und dort doch die Fachleute sitzen, die solche Manipulationen feststellen würden.

Die beiden ließen nicht locker. So sei letzstens doch ein Bagger in Flammen aufgegangen und ich könnte doch versuchen heraus zu bekommen, ob es sich um Brandstiftung handelt. Mein Betätigungsfeld könnte breit gefächert sein. Man sei auch daran interessiert, was sich wer und worüber in meinem Fahrzeug unterhält. Dies lehnte ich mit den Worten ab, ich müsse mich auf den Straßenverkehr konzentrieren und man könne doch eine Wanze installieren, dann hätten sie doch alles original und nicht durch einen Dritten.

Nach langem Hin und Her verfaßte ich dann meine Mitarbeitsbereitschaft und unterschrieb diese. Die beiden hatten einen „großen Sieg“ errungen, so glaubten sie. Meinen Decknamen sollte ich mir selber aussuchen, ich entschied mich für Bodo, warum weiß ich bis heute nicht.

Nachdem ich unterschrieben hatte, sagte man mir, daß ich über die Ereignisse und gesamten Umstände mit niemanden reden darf, da sie mich jeder Zeit einsperren könnten. Mitten in der Nacht wurde ich dann entlassen mit den Worten: „Bis bald, wir melden uns.“ Dann stand ich im Freien und atmete frische Luft. Ich hatte vergessen wie gut frische Luft schmecken kann. Mit einem eigenartigen, dummen Gefühl im Magen genoss ich jeden Atemzug. Zielloos ging ich in dieser Nacht durch die menschenleeren Straßen von Magdeburg. Ich war mir nun nicht mehr so sicher, ob ich das Richtige getan habe, aber ist es manchmal nicht besser seine Ideale, wenn auch nur zum Schein, zu verraten, um so die Familie und sich selbst erst einmal aus der Schußlinie zu nehmen? Oder war es nur Angst, Angst um meine eigene Person, Angst wieder hinter Gittern zu kommen, denn die einundzwanzig Monate Jugendgefängnis wegen versuchter Republikflucht in zwei Fällen waren nicht spurlos an mir vorübergegangen. In dieser Nacht fuhren meine Gefühle Achterbahn. Ich wußte nicht wie das nun alles weiter gehen soll. Ohne daß ich es bemerkte, war ich auf einmal zu Hause. Es war früh am Morgen. Meine Frau wartete noch, sie hatte die ganze Nacht nicht geschlafen. Sie wußte ja von dem Termin am späten Nachmittag des vergangenen Tages und für sie stand fest, daß man mich verhaftet hatte. Ich erzählte ihr von den vergangenen Stunden, meinen Ängsten und meiner Verzweiflung und daß ich eine Verpflichtung unter-

schrieben hatte, eine Verpflichtung alles zu melden und zu berichten, was sich in meinem Umfeld gegen die Interessen der DDR ereignete. Dazu gehörten natürlich auch alle Aktivitäten in unserem Freundeskreis. Wir hatten ja Freunde und Bekannte, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten und solche, die sich mit diesen Gedanken trugen, einen zu stellen. Ein großer Teil wollte natürlich in der DDR bleiben, obwohl sie nicht mit den herrschenden Zuständen einverstanden waren. Sie hofften immer auf Besserung und mehr Freiheit für die Bevölkerung.

Sollten wir nun alle Verbindungen abbrechen oder gab es noch einen anderen Weg? Einen Weg, auf dem man sich nicht isoliert und von allen Freunden trennen mußte? In meiner Verzweiflung reifte in mir ein Plan, ein Plan, der „Alles oder nichts“ hieß. Er war gigantisch und doch teuflisch zugleich. Er konnte nur vom Erfolg gekrönt sein oder meinen totalen Absturz bewirken. Stirnrunzelnd stimmte meine Frau zu, auch ihr erschien das sehr gewagt. Ich begann jedem, den ich kannte, ob Freund oder Feind, ob Arbeitskollegen oder Nachbar von meiner Begegnung und deren Umständen zu berichten. Ich ließ nichts und niemanden aus. Einige dachten, daß ich irgend eine Story erzählte, um mich interessant zu machen. Andere dachten, der ist nun total verrückt geworden. Aber alle hörten zu, wie von mir geplant. Wochen vergingen. Dann wurde ich eines Tages wieder angerufen und in die Fröbelstraße in Magdeburg bestelle, die Hausnummer weiß ich heute nicht mehr.

Vor der Haustür warteten schon die „Bekannten“. Sie führten mich in eine Wohnung, ich glaube, sie war im zweiten Obergeschoss.

Die Wohnung war schlicht und einfach eingerichtet, aber sauber. Sie wirkte irgendwie steril, wie ein Büro. In einer freundschaftlichen Art fragten sie mich ganz belanglose Sachen, es war wie bei einem Plauderstündchen mit guten Freunden. Von meiner Offenbarung, die ich fast täglich praktizierte, hatten sie anscheinend noch keine Kenntnis.

Nach etwa eineinhalb Stunden war das Treffen beendet und ich durfte gehen. Einige Zeit später löste ich mein Arbeitsverhältnis mit dem STKM und begann, ebenfalls als PKW-Fahrer im Landbaukombinat Magdeburg auf der Baustelle Eberswalde. Es vergingen einige Jahre, von meinen „Bekannten“ hatte ich seit dem Treffen in der Fröbelstraße nichts mehr gehört. Ich arbeitete inzwischen wieder als Baggerfahrer beim VEB Zuschlagstoffe Haldensleben. Eines Morgens zum Schichtbeginn, erschien einer dieser Herrn. Er hatte sich bei meinen arbeitenden Kollegen als Mitarbeiter der Leitung der Zuschlagstoffe Haldensleben ausgegeben. Der Betriebsleiter wußte natürlich, wer er in Wirklichkeit war. Ich erkannte ihn sofort und begrüßte ihn mit den Worten „Aha, die Staatssicherheit ist da“. Da ich keinen Wert auf ein Gespräch mit diesen Menschen legte, lehnte ich im Beisein

meiner Kollegen jedes Gespräch mit ihm ab. Wieder vergingen einige Jahre. Ich hatte zwischenzeitlich selbst einen Antrag auf Ausreise und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft gestellt und arbeitete bei der Firma Lehmann/Batterie-Service in Magdeburg. Eines Tages erschien nach langer Zeit wieder mal ungebetener Besuch in der Firma Lehmann. An diesem Tag war wieder Verkauf für Starterbatterien und eine Menge Leute standen schon sehr früh am Morgen Schlange, unter ihnen auch der besagte Herr. Mit den Worten „Mein Chef will dich sehen“ begrüßte er mich leise, wieder sagte ich sehr laut und alle umherstehenden Kunden hörten es: „Aha die Stasi ist da“. Der Herr zog sich daraufhin sichtlich verstört, mit den Worten: „man sieht sich“, zurück. Seit dieser Zeit habe ich von diesem Verein nichts mehr gehört und gesehen, bis zum Tage als ich meine von der Staatssicherheit geführten Unterlagen einsehen konnte.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, personalführende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte der Bundesbeauftragten zu beraten. Da die Überprüfungen fast abgeschlossen sind, haben die Anfragen an die Behörde abgenommen, aber nicht aufgehört. Jedoch erreichen die Landesbeauftragte immer wieder Hinweise von Betroffenen, welche bei der Akteneinsicht feststellen müssen, dass Personen über sie berichtet haben, die heute noch im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. In Absprache mit den Betroffenen werden diese an die personalführende Stelle weitergeleitet. Einige nehmen jedoch aus Angst vor Benachteiligungen von der Weitergabe Abstand. Angesichts der Tatsache, dass die Rehabilitierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, die Unterlagen des MfS noch nicht ganz erschlossen und die Anträge auf Akteneinsicht in Unterlagen des MfS noch lange nicht abschließend bearbeitet sind, kann die Überprüfung auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingestellt werden.

2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Rehabilitierungsgesetze enthalten Ausschlussstatbestände. Hiernach ist jemand, der gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder in schwerwiegenden Maße seine Stellung

zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat, von Folgeleistungen ausgeschlossen. Die Rehabilitierungsbehörden sind verpflichtet, dieses zu überprüfen und zu bewerten. Das bedeutet, sie müssen die Verstrickung mit dem DDR-System ins Verhältnis zu der erlittenen Verfolgung setzen. Das setzt eine sorgsame Prüfung und Abwägung voraus. Die Landesbeauftragte wird hier in Einzelfällen um eine Bewertung der Tätigkeit für das MfS gebeten. Da sich herausgestellt hat, dass mehr Antragsteller als vermutet in diesem Bereich falsche Angaben gemacht und für die Staatssicherheit gearbeitet haben, sollten verstärkt Auskünfte der Bundesbeauftragten auch in diesem Bereich eingeholt werden. Aus Sicht der Landesbeauftragten ist es zu empfehlen, die Überprüfung vor der Übersendung des Endbescheides durchzuführen, damit es nicht erst zu finanziellen Rückforderungen kommen muss.

2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

In Sachsen-Anhalt werden alle **Landesbediensteten** nach wie vor auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR überprüft. Die Überprüfung schließt auch die Personen ein, die sich aus den alten Bundesländern bewerben. Jedes Mal wird eine Einzelfallprüfung vorgenommen. Bei beabsichtigten Kündigungen werden die Vorgänge dem **Vertrauensrat** bei der Staatskanzlei vorgelegt. Im Berichtszeitraum wurden vor dem Vertrauensrat in zwei Sitzungen drei Personalentscheidungen behandelt. In zwei Fällen hielt der Vertrauensrat eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst für nicht zumutbar, in einem Fall für zumutbar.

Die Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes ist bis auf Neueinstellungen fast abgeschlossen. Im kommunalen Bereich wurden wie in den vergangenen Jahren Beratungsangebote der Landesbeauftragten angenommen.

Dass ein großes Interesse seitens der Bevölkerung an einer Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihnen gleichgestellten Personen besteht, zeigen die Auseinandersetzungen um den MDR. Der Rundfunkrat hat am 29.1.2001 die Überprüfung aller festangestellten und fest-freien Mitarbeiter beschlossen. Die Landesbeauftragten der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen haben sich dem Sender für Beratungen zur Verfügung gestellt. Eine konkrete Anfrage erfolgte in Sachsen-Anhalt nicht.

Die Anfrage der Landesbeauftragten bezüglich der Bereitstellung von statistischen Angaben zur Überprüfung der Beschäftigten analog zu den Jahresberichten der Ministerien wurde vom Sender abgelehnt. So konnten die Ergebnisse nicht in diesen Tätigkeitsbericht aufgenommen werden. Die Behörde erwartet jedoch, dass der MDR die Öffentlichkeit umfassend über die Anzahl der ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiter, das Maß der Verstrickung und die Konsequenzen des Senders informiert. Die Zuhörer haben ein Recht darauf. Dieses wurde wiederholt vom Bürgerkomitee Leipzig eingefordert. Die Presse hat zu einzelnen Fällen berichtet, u. a. zuletzt über die Zusammenarbeit eines Mitgliedes des Personalrates mit dem MfS.

Im Vorfeld der Landtags- und Bundestagswahlen 2002 wird empfohlen, dass sich die **Abgeordneten** auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS überprüfen lassen. Auf einer Veranstaltung der Verfolgtenverbände am 5.2.2002 mit Politikern unterschiedlicher Parteien im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees am Moritzplatz forderten die Anwesenden die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Immer wieder zeigt es sich, dass durch eine rechtzeitige Überprüfung größere Schwierigkeiten vermieden werden können. Die rechtlichen Möglichkeiten enden nach der gegenwärtigen Gesetzeslage im Dezember 2006. Dieser Termin sollte nicht vorgezogen werden, da immer wieder deutlich wird, wie viele Rehabilitierungsanträge und Anträge auf Akteneinsicht noch nicht abschließend bearbeitet sind.

Der internationale Vergleich zeigt, dass auch die anderen ehemaligen sozialistischen Staaten die Aufarbeitung betreiben. So ist in Tschechien im vergangenen Jahr damit begonnen worden, die Überprüfung von Personen auf eine Zusammenarbeit mit dem dortigen kommunistischen Geheimdienst zu wiederholen. 1991/1992 waren Fehler begangen und belastendes Material vielfach nicht berücksichtigt worden (Volksstimme vom 6.6.2001).

In Polen arbeitet das Institut für Nationales Gedenken seit 1999. Dort können auch Ausländer Anfragen stellen.

Die folgenden Tabellen geben im einzelnen Auskunft über den Stand der Überprüfung in Sachsen-Anhalt. Aus Platzgründen wurde auf eine detailliertere Veröffentlichung verzichtet. Die einzelnen Zahlen können jedoch bei der Landesbeauftragten eingeholt werden.

2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen

Landtag, Staatskanzlei und Ministerien

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendet Arbeitsverhältnisse	Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AGVG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
Landtagsverwaltung	150	197	197	193	4	1	2	0	0	1 VG*	0
Staatskanzlei	217	283	278	270	8	8	0	0	0	0	0
Ministerium des Innern	15.287	17.046	16.987	14.280	2.707	894	1.803	2	8	11	2
Ministerium der Justiz	4.454	4.760	4.549	4.301	248	75	129	2	0	3	0
Ministerium der Finanzen	4.973	4.479	4.434	4.289	145	24	109	0	0	8	2
Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales	1.603	2.662	2.660	2.574	86	7	59	0	1	6 AG* 1 VG*	0
Ministerium für Wirtschaft und Technologie	507	715	715	685	30	1	12	0	1	0	0
Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt	4.355	5.903	5.836	5.515	321	48	217	0	0	27	9

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Ministerium für Wohnungswesen Städtebau und Verkehr	1.871	2.318	2.178	2.107	71	8	14	49	0	0	4	3
Kultusministerium	46.671	68.763	64.889	62.499	2.390	699		1.659	32	-	-	-
Gesamt:	80.088	107.126	102.723	96.713	6.010	1.925		4.039	36	10	61	16

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Ministerium des Innern mit Regierungspräsidien und nachgeordneten Bereichen

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	416	465	464	442	22	17	4	1	0	0	3	0
nachgeordneter Polizeibereich	11.199	12.136	12.109	9.594	2.515	793**		1.722	0	**	**	**
RP Magdeburg	625	1.041	1.015	972	43	7	19	9	2	6	4	2
RP Halle	627	811	811	783	28	2	9	16	0	1	1	0
RP Dessau	508	506	505	592	13	3	7	3	0	0	0	0
Statistisches Landesamt	282	340	340	319	21	2	5	13	0	1	1	0
Landesarchive	80	105	105	97	8	2	5	1	0	0	2	0
Vermessungs- und Katasterverwaltung	1.379	1.379	1.378	1.344	34	5	0	29	0	0	0	0
LA für Landesvermessung und Datenverwaltung	30	33	32	31	1	1	0	0	0	0	0	0
Brand- und Katastrophenschutzschule	99	183	182	163	19	0	11	8	0	0	0	0
Institut der Feuerwehr	20	26	25	22	3	0	2	1	0	0	0	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Studieninstitut Sachsen-Anhalt	22	21	21	21	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	15.287	17.046	16.987	14.280	2.707	894		1.803	2	8	11	2

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

** unverhältnismäßig hoher Aufwand zur Ermittlung der Daten nötig

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	340	423	404	391	13	7		5	10	-	-	-
nachgeordnete Einrichtungen	46.331	68.340	64.485	62.108	2.377	692		1.654	31	-	-	-
Gesamt:	46.671	69.763	64.889	62.499	2.390	699		1.659	32	-	-	-

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte

Zusammenfassung der Daten zum Landtag, der Staatskanzlei und den Ministerien

Anzahl der Beschäftigten in den Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen (Stand 31.12.2001) 80.088
Das sind 1.393 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR (388 Anträge mehr als im Jahr 2000) 107.126
Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, welche die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	102.723	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	96.713	94,1 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	6.010	5,9 %
Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse	1.925	32,0 %
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung	4.039	67,2 %
Anzahl der ausstehenden Entscheidungen	36	0,6 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter	10	0,2 %

Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelanfrage	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Stadt Magdeburg	5.207	8.884	8.787	8.400	387	82	39	256	1	9	41	2
Stadt Halle/Saale	4.850	1.279	1.264	1.136	128	19	88	21	0	0	3 / 1	
Stadt Dessau	4.162	4.094	4.091	4.017	74	3	41	28	1	1	4	1
Altmarkkreis Salzwedel	625	1.214	1.037	970	67	23	17	27	0	0	0	0
Anhalt-Zerbst	484	588	574	537	37	13	8	16	0	0	5	0
Aschersleben-Staßfurt	533	1.252	921	880	41	13	3	25 (13 WR*)	0	0	3 AG*	3
Bernburg	380	499	497	472	25	20	4	1	0	0	3	1
Bitterfeld	576	764	758	733	25	2	23	0	0	0	2	1
Bördekreis	444	615	612	579	33	23	0	5	1	4	5	1
Burgenlandkreis	660	2.416	2.415	2.353	61 / 1	37	5	13	0	7	8 / 1	0
Halberstadt	1.244	1.799	1.746	1.690	56	12	18	23	0	3	7	4
Jerichower Land	1.050	567	517	485	32	3	12	9	0	8	1 AG*	0
Köthen / Anhalt	760	1.591	1.591	1.549	42 IM	15	8	13	0	6	8 AG*	2
Mansfelder Land	1.487	2.243	2.238	2.193	45	22	20	1	0	2	2	2

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge bei der BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM oder HM)*	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelanfrage	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Merseburg-Querfurt	1.503	2.777	2.759	2.679	80	4	55	21	0	0	3	0
Ohrekreis	1.247	1.025	970	922	48	15	9	24	0	0	0	0
Quedlinburg	459	937	937	913	24	7	7	4	0	6	3	0
Saalkreis	391	492	492	468	24	6	6	12	0	0	0	0
Sangerhausen	342	652	472	453	19	9	4	6	0	0	2	0
Schönebeck	894	1.098	1.049	1.019	30	2	23	3	0	2	1	0
Stendal	803	1.159	1.159	1.086	73	38	6	29	0	0	21	2
Weißenfels	424	880	866	831	35	17		9	0	9	2	1
Wernigerode	620	874	868	822	46	dazu werden keine Auskünfte erteilt						
Wittenberg	709	976	973	932	41	20	4	8	0	9	0	0
Gesamt	29.854	38.663	37.593	36.119	1.474	805		554	3	66	126	20

IM* = Inoffizieller, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-, VG* = Verwaltungsgerichte;
WR* = Wachregiment

Anzahl der Beschäftigten in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Stand 31.12.2001)	29.854		
Das sind 766 Beschäftigte weniger als im Vorjahr.			
Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	38.663		
Das sind 229 zusätzliche Anträge im Berichtszeitraum. Die Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.			
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	37.593		
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	36.119	96 %	
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	1.474	4 %	
Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse	805	54,8 %	
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung	554	37,5 %	
Anzahl der ausstehenden Entscheidungen	3	0,2 %	
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter	66	4,4 %	
Anzahl der Mitarbeitern mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu denen keine Auskunft erteilt wurde	46	3,1 %	

2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften und kreisangehörigen Städten des Landes Sachsen-Anhalt

Landkreis	Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis		Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben	Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990	Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
							Kündigungen	Auflösungsverträge					
Altmarkkreis Salzwedel	11	12	686	792	750	30	18		5	7	0	5	4
Anhalt-Zerbst	9	9	687	1.223	1.192	24	14		8	0	2	1	1
Aschersleben-Staßfurt	7	10	689	930	819	11	7		4	0	0	2	0
Bernburg	6	6	648	974	955	13	9		4	0	0	1	0
Bitterfeld	10	11	945	2.466	2.423	30	22		8			4	
Bördekreis	10	11	531	600	586	13	6		7	0	0	3	1
Burgenlandkreis	13	15	1.291	2.461	1.984	41	28		11	0	2	1	1
Halberstadt	7	7	758	1.069	1.011	18	8		10	0	0	0	0
Jerichower Land	6	10	677	675	660	14	7		6	0	1	0	0
Köthen / Anhalt	3	7	71	60	60	0							
Mansfelder Land	11	12	1.014	1.006	951	14	11		3	0	0	4	0

Landkreis	Anzahl der VWG's und Städte, die geantwortet haben / VWG's und Städte gesamt im Landkreis		Anzahl der Mitarbeiter in den VWG u. Städten, die geantwortet haben	Anzahl der Anträge an die BStU seit 1990	Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG/VG)*	nach Gerichtsentscheidung wieder eingestellt
							Kündigungen	Auflösungsverträge					
Merseburg-Querfurt	13	13	1.360	2.011	1.961	19	9		5	2	3	0	0
Ohrekreis	13	14	1.069	1.333	1.301	24	9		15	0	0	1	0
Quedlinburg	5	6	557	908	887	21	13		8	0	0	0	0
Saalkreis	8	9	231	180	177	3	1		2	0	0	0	0
Sangerhausen	7	8	580	1.123	980	18	8		5	0	5	0	0
Schönebeck	6	7	732	969	965	4	3		0	0	1	0	0
Stendal	15	15	1.615	1.985	1.921	38	26		10	0	2	1	1
Weißenfels	7	8	656	1.070	1.012	18	3		10	2	3	0	0
Wernigerode	7	8	1.198	893	852	16	3		10	1	2	2	1
Wittenberg	14	15	1.158	1.433	1.311	47	25		21	1	0	1	0
Gesamt:	188	213	17.153	24.161	22.758	416	230		152	13	21	26	7

Anzahl der angeschriebenen Städte und Verwaltungsgemeinschaften 213
 Anzahl der Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die geantwortet haben 188 88 %

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die 187 Städte und Verwaltungsgemeinschaften (im Vorjahr waren es 160), die auf das Anschreiben geantwortet haben.

Anzahl der Beschäftigten in den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften (31.12.2001) 17.153

Anzahl der Anträge (seit 1990) an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 24.161

Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.

Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten 23.174
 Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 22.758 98,2 %
 Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 416 1,8 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 230 55,3 %
 Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 152 36,5 %
 Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 13 3,1 %
 Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 21 5,0 %

Anzahl der Gerichtsverfahren nach 230 beendeten Arbeitsverhältnissen 26 11,3 %
 Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach 26 Gerichtsverfahren 7 26,9 %

Die Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Ein direkter Vergleich mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da Verwaltungsgemeinschaften, die im Vorjahr nicht geantwortet hatten, in diesem Jahr antworteten. Andere, die im Vorjahr geantwortet haben, haben in diesem Jahr auf das Anschreiben nicht reagiert.

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperiode 1: 90–94 2: 94–99 3: 99–04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Magdeburg	1 2 3	152 57 56	147 41 0	147 41	142 39	5 2	1 0	4 2	0 0	0 0
Halle/Saale	1 2 3	160 56 56	160 41 41	160 41 41	154 41 41	6 0 0	6	0	0	0
Dessau	1 2 3	70 50 50	70 16 0	60 15	59 15	1 0	1 0	0 0	0 0	0 0
Altmarkkreis Salzwedel	1 2 3	45/45/50 47 49	45/45/50 41 0	41	39	2	0	2	0	0
Anhalt-Zerbst	1 2 3	60/40 42 42	60/40 41 20	60/37 41 20	58/35 40 20	2/2 1 0	2/2 0	0 1	0 0	0 0
Aschersleben- Staßfurt	1 2 3	36/65 48 48	50 0	50	47	3	0	3	0	0

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperiode 1: 90–94 2: 94–99 3: 99–04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Bernburg	1 2 3	61 42 42	61 19 18	60 19 18	59 19 17	1 0 1	1 0 0	1		
Bitterfeld	1 2 3	90 48 48	90 40 44	90 40 44	90 40 43	0 0 1 HM	0 0	1		
Bördekreis	1 2 3	41/45 42 43	41/45 39 37	41/45 39 37	39/45 38 37	2/0 1 0	2/0 0	0 1	0 0	0 0
Burgenlandkreis	1 2 3	51/40/49 55 49	52/40/46 46 0	52/40/46 46	45/36/44 45	7/4/2 1	1/4/0 0	6/0/2 0	0 0	0 1
Halberstadt	1 2 3	75 43 43	75 42 0	42	42					
Jerichower Land	1 2 3	60/45 43 49	62/42 20 40	62/42 20 40	54/40 16 37	8/2 4 3	3/1 0 0	5/1 4 3	0 0 0	0 0 0
Köthen	1 2 3	72 42 42	87 0 0	87	81	6	3	3	0	0

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperiode 1: 90–94 2: 94–99 3: 99–04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Mansfelder Land	1	40/78	40/78	40/64	39/63	1/1	1/1	0	0	0
	2	51	51	51	51	0	0	0	0	0
	3	49	49	47	46	1	0	0	1	0
Merseburg- Querfurt	1	72	72	72	65	7	3	4	0	0
	2	49	49	49	47	2	0	2	0	0
	3	49	0							
Ohrekreis	1	71/61								
	2	48	12	12	11	1	0	1	0	0
	3	48	13	13	12	1	0	0	1	0
Quedlinburg	1	75	75	75	71	4	0	4	0	0
	2	43	26	26	25	1	0	1		
	3	43	42	7	7	0				
Saalkreis	1	64	64	64	62	2	0	2	0	0
	2	43	34	34	34	0				
	3	43	11	11	11	0				
Sangerhausen	1	69	69	69	64	5	0	5	0	0
	2	42	0							
	3	42	0							
Schönebeck	1	75	60	60	54	6	0	6	0	0
	2	42	0							
	3	42	0							

Stadtrat/ Kreis- tag	Wahlperiode 1: 90–94 2: 94–99 3: 99–04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge bei der BStU	Anzahl der Aus- künfte der BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM oder HM)*	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren be- reits aus- geschie- den
Stendal	1	90/40/51	86/40/51	81/7/43	80/6/43	1/1/0	1/1/0	0	0	0
	2	54								
	3	48								
Weißenfels	1	41/40	41/37	41/37	40/35	1/2	1/1	0	0	0/1
	2	42	27	27	27	0				
	3	42	0							
Wernigerode	1	80	80							
	2	42	0							
	3	42	0							
Wittenberg	1	60	41							
	2	48								
	3	48	0							
Gesamt	1	2.359	2.092	1.682	1.603	79	36	42	0	1
	2	1.119	635	634	616	18	0	17	0	1
	3	1.113	315	278	271	7	0	5	2	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS; AG* = Arbeits-,
VG* = Verwaltungsgerichte

1. Wahlperiode (1990–1994)

Anzahl der Mandatsträger	2.359	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	2.092	89 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	1.682	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	1.603	95 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	79	5 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	36	46 %
Anzahl der weitergeführten Mandate	42	53 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	1 %

2. Wahlperiode (1994–1999)

Anzahl der Mandatsträger	1.119	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	635	57 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	634	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	616	97 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	18	3 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	0	
Anzahl der weitergeführten Mandate	17	95 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	5 %

3. Wahlperiode (1999–2004)

Anzahl der Mandatsträger	1.113	
Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	315	28 %
Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten	278	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	271	97 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	7	3 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	0	
Anzahl der weitergeführten Mandate	5	
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	2	

Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den Kreistagen 19 weitere Anträge auf Überprüfung gestellt. Damit sind für 28 % der Mandatsträger in Kreistagen der 3. Wahlperiode Anträge gestellt worden. Im Vorjahr waren es nur 26 %. Bei 278 Auskünften waren 7 Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS. Diese Mandatsträger legten ihr Mandat nicht nieder. 37 Anträge befinden sich noch in der Bearbeitung der Bundesbeauftragten.

2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)

Anzahl der angefragten kreisangehörigen Städte und über die Verwaltungsgemeinschaften angefragten Gemeinden	Anzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die geantwortet haben	Von diesen Städten und Gemeinden hat folgende Anzahl von Städten und Gemeinden Anträge gestellt			Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) in den Städten und Gemeinden, die geantwortet haben			Anzahl der Einzelanträge, die für die Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) von den Städten und Gemeinden gestellt wurden			Anzahl der Auskünfte der Bundesbeauftragten mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS			Anzahl der aus diesem Grund erfolgten Mandatsniederlegungen		
		1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004
1.289	1.104	342	280	148	13.868	12.524	12.637	5.069	2.972	1.637	146	64	16	79	26	2

Anzahl der angeschriebenen Stadt und Gemeinderäte (über die Verwaltungsgemeinschaften) 1.289

Anzahl der Städte und Gemeinden (über die Verwaltungsgemeinschaften), die geantwortet haben (15 % mehr als im Vorjahr). 1.104 86 %

Die weiteren Zahlenabgaben beziehen sich nur auf die Städte und Gemeinden, die geantwortet haben:

Städte u. Gemeinden (die geantwortet haben) stellten Anträge zur Überprüfung	1. Wahlperiode	342	31 %
	2. Wahlperiode	280	25 %
	3. Wahlperiode	148	13 %

In der dritten Wahlperiode stellten im Berichtszeitraum weitere 42 Gemeinden einen Antrag auf Überprüfung Ihrer Mitglieder. Somit haben bis jetzt 13 % der Gemeinden, die geantwortet haben, einen Antrag gestellt.

Anzahl der Mandatsträger (mit Bürgermeister)	1. Wahlperiode	13.868
	2. Wahlperiode	12.524
	3. Wahlperiode	12.637

Anzahl der Anträge an die Bundesbeauftragte	1. Wahlperiode	5.069	37 %
	2. Wahlperiode	2.972	24 %
	3. Wahlperiode	1.637	13 %

Im Vergleich zum Vorjahr wurden 528 weitere Einzelanträge gestellt. Das sind Anträge für 13 % der gewählten Vertreter in der 3. Wahlperiode.

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	1. Wahlperiode	146	3 %
	2. Wahlperiode	64	2 %
	3. Wahlperiode	16	1 %

Die Anzahl der Auskünfte mit Hinweis auf eine Zusammenarbeit ist im Berichtszeitraum auf 16 gestiegen, das sind 1 % der Mandatsträger, für die ein Antrag gestellt wurde.

Anzahl der Mandatsniederlegungen aus diesem Grund	1. Wahlperiode	79	54 %
	2. Wahlperiode	26	41 %
	3. Wahlperiode	2	12 %